

Für Änderung, gegen Zwängerei

Frauenanteil Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini setzt sich für Anstrengungen gegen eine geringe Anzahl an Frauen in der Politik ein, ist jedoch gegen eine Quote. Doch nicht nur die Frauen, sondern auch Personen unter 40 Jahren seien im Landtag schlecht vertreten.

Magdalena Hilbe
mhilbe@medienhaus.li

Der geringe Frauenanteil bei den diesjährigen Landtagswahlen erhitze Liechtensteins Gemüter. Gleichzeitig herrsche eine gewisse Ratlosigkeit. Denn der genaue Grund und eine klärende Lösung für die geringe Anzahl an Frauen in der Politik sind noch nicht in Sicht. In der Politik ist man sich jedoch einig: Es müssen Anstrengungen unternommen werden, etwas zu ändern. Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini sieht die Problematik, warnt jedoch: «Man muss darauf achten, dass es keine Zwängerei wird, sonst wird das letztlich in der Sache kontraproduktiv sein.»

Pedrazzini spricht sich gegen Frauenquote aus

Der einzige Vorschlag, der derzeit die Runde macht, ist eine Frauenquote. Wie diese aussehen soll, dazu gibt es noch keine konkreten Details. Für Pedrazzini ist eine Quote keine Lösung. «Eine gesetzliche Frauenquote entspricht



Die geringe Anzahl an Frauen im Landtag sorgt für Ratlosigkeit.

Bild: Archiv/Elma Korac

Durchschnittsalter: Knapp über 50

Das Durchschnittsalter der neu gewählten Landtagsabgeordneten beträgt 50,25 Jahre. Damit ist das Durchschnittsalter des Landtags gegenüber 2013 um fast dreieinhalb Jahre gestiegen. Die «älteste» Fraktion bilden die Unabhängigen mit einem Durchschnittsalter von 57 Jahren. Die FBP-Fraktion belegt mit 49,8 Jahren Rang zwei, gefolgt von der Freien Liste mit 48,6 Jahren. Mit 47 Jahren bildet die VU im Altersdurchschnitt die «jüngste» Fraktion. (sap)

nicht meinem Verständnis von Emanzipation und von Demokratie und ich lehne sie daher klar ab.» Hingegen sieht er freiwillige Verpflichtungen von Parteien als positive Signale, «aber sie müssen auch umgesetzt werden können». Für den Gesellschaftsminister ist klar, dass sich alle Parteien für diese Wahlen sehr bemüht haben, den Frauenanteil auf ihren Listen zu erhöhen. «Ich möchte mich bei denjenigen, welche in den Partei-

en nach Kandidatinnen gesucht haben, herzlich bedanken.» Diese Aufgabe sei nicht einfach gewesen und wegen der vielen Absagen auch frustrierend. «Wäre eine Quote will, soll sich zuerst einmal mit diesen Leuten unterhalten», bekräftigt der Gesellschaftsminister.

«VU schafft Sensation im Unterland»

Das Wahlergebnis kann von verschiedensten Seiten beleuchtet

werden. Es gibt zahlreiche Vermutungen und Mutmassungen, weshalb es schliesslich nur drei Frauen geschafft haben, in das Hohe Haus einzuziehen. Ein Fakt lässt den Ausgang der Wahlen jedoch als unerklärlich erscheinen. Denn 51,4 Prozent aller stimmberechtigten Bürger in Liechtenstein sind Frauen – nur 48,6 Prozent Männer. Das würde bedeuten, dass wenn alle Frauen auch Frauengewählt hätten, der Land-

51,4 Prozent Frauen sind stimmberechtigt

Stimmberechtigte landesweit	Absolut	Prozent
Stimmberechtigte Männer	9627	48,6 %
Stimmberechtigte Frauen	10 179	51,4 %
Total	19 806	
Stimmberechtigte Oberland	Absolut	Prozent
Stimmberechtigte Männer	6179	48,2 %
Stimmberechtigte Frauen	6635	51,8 %
Total	12 814	
Stimmberechtigte Unterland	Absolut	Prozent
Stimmberechtigte Männer	3448	49,3 %
Stimmberechtigte Frauen	3544	50,7 %
Total	6992	

tag heute anders aussehen würde. Diesen Fakt einzuordnen, fällt schwer. Und auch die FBP ist derzeit daran, die Wahlen zu analysieren. Obwohl von früheren Wahlen bereits vieles bekannt ist, herrscht auch bei Pedrazzini eine gewisse Ratlosigkeit. «Selbst bei der Freien Liste, welche sich dieses Thema seit vielen Jahren auf die Fahne geschrieben hat, fanden sich auf den Wahllisten nur zwei Frauen und keine davon hat den Sprung in den Landtag geschafft», erläutert der Gesellschaftsminister und führt weiter aus: «Andererseits hat die VU im angeblich sehr konservativen Unterland mit zwei Frauen bei drei Landtagsmandaten eine Sensation geschafft.»

Nicht nur die Frauen sind im Landtag schlecht vertreten, wie Pedrazzini erklärt. «Es fällt auch auf, dass die Bevölkerungsgruppe der Personen unter 40 Jahren schlecht vertreten ist. Gerade im Zusammenhang mit den zukünftigen demografischen Herausforderungen sowie auch mit der Fa-

milien- oder Bildungspolitik wäre es wünschenswert, wenn mehr jüngere Personen im Landtag vertreten wären, idealerweise Mütter und Väter von kleinen Kindern.»

«Keine massive Personalreduktion»

Das Frauennetz kritisierte in einem Leserbrief («Vaterland»-Ausgabe vom 10. Februar) «die massive Personalreduktion» seit 2011 bei der Stabsstelle für Chancengleichheit. Hatte dies Auswirkungen auf den Frauenanteil bei den Landtagswahlen? «Die Aussage, dass es bei der Stabsstelle für Chancengleichheit eine massive Personalreduktion gegeben hat, stimmt nicht, das haben wir schon mehrmals klargestellt», antwortet Pedrazzini. «Ausserdem wird so der grosse Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stabsstelle für Chancengleichheit herabgewürdigt.» Pedrazzini bedankt sich erneut für ihren grossen Einsatz.

Privatklinik schliesst Tarifvertrag mit LKV ab

Gesundheitswesen Mit dem Vertrag herrscht für Zusatzversicherte Patienten der Klinik nun Klarheit bezüglich der Kostenübernahme.

Der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) und Medicnova Privatklinik AG in Bendern haben sich bezüglich der Kostenübernahme bei Behandlungen von Zusatzversicherten Patienten vertraglich geeinigt.

«Wir sind erfreut, dass wir gemeinsam mit dem LKV und den Krankenkassen eine Lösung finden konnten», sagt Medicnova-Verwaltungsrat Hansjörg Marxer. «Unser Ziel war es immer, dass die Patientinnen und Patienten Klarheit haben und die Klinik direkt mit den Kassen abrechnen kann. Das ist mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag nun sichergestellt.»

Einfacheres Modell notwendig

Die Vertragsverhandlungen zwischen dem LKV und Medicnova zogen sich länger hin als geplant. Grund dafür ist die gesetzlich sehr komplex geregelte Spitalfi-

nanzierung. Die Spitalfinanzierung sieht drei Kategorien von Spitalern vor. Je nach Kategorie übernimmt das Land Liechten-



Freut sich über die Lösung: Medicnova-VR Hansjörg Marxer

stein mehr, weniger oder gar keine Kosten. Medicnova gehört in die letzte Kategorie (keine Kostenübernahme durch den Staat). Der bei Spitalern mit OKP-Zulassung geleistete Landesbeitrag ist im Falle von Medicnova durch den Patienten oder dessen Zusatzversicherung zu tragen. Mit der gegenständlichen Einigung wird die Kostendeckung für den Patienten durch eine gemeinsame finanzielle Anstrengung seitens der Versicherer und Medicnova gewährleistet.

«Die heutige Form der Spitalkostenfinanzierung erschwerete es den Parteien, eine Einigung zu finden. Die Kosten sind im Einzelfall nicht höher, aber die aktuelle Spitalkostenfinanzierung führt zu einer Kosten-Umverteilung. Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Spitalfinanzierung wäre daher im Interesse aller Teilnehmer des Gesundheitsmarktes», so Hansjörg Marxer. (pd)

«Biene Maja»-Koalition bedingt Fraktionszwang

Regierungsbildung Ohne Fraktionszwang wäre eine FBP-DU-Regierung instabil, sagt Politologe Christian Frommelt.

Schon vor den Wahlen machte Regierungschef Adrian Hasler keinen Hehl daraus, dass er sich eine Regierungskoalition mit den Unabhängigen (DU) vorstellen könnte. Eine solche schwarz-gelbe Regierung ist zwar seit Donnerstag etwas unwahrscheinlicher geworden. Die FBP will diese Variante aber weiter nicht völlig ausschliessen.

Nur eine knappe Mehrheit von 14 Stimmen

Eine «Biene Maja»-Regierung könnte sich im Landtag auf eine knappe Mehrheit von 14 Stimmen stützen. «Dies würde bedeuten, dass sowohl für die FBP wie auch die DU dauerhaft ein Fraktionszwang bestehen würde. Damit müssten alle Abgeordneten dieser Parteien die Regierungsposition stützen, damit eine stabile Politik möglich wäre», erklärte gestern Christian Frommelt, Politikwissenschaftler beim Liechtenstein-Institut, gegenüber Ra-

dio L. Dieser Umstand ist mit dem Selbstverständnis der Unabhängigen eigentlich nicht vereinbar. Die Gruppierung tut sich schon



Sieht DU-Regierungsbeteiligung kritisch: Christian Frommelt

schwer, wenn sie als Partei bezeichnet wird. Auf die Frage, ob sie überhaupt regierungsfähig wären, antwortete Frommelt: «Schwierig abzuschätzen. Das Wahlprogramm enthält nur ein paar Grundpositionen, auf die sie sich verständigen könnten.» Zudem gebe es auch innerhalb der Unabhängigen sehr grosse Unterschiede. Auch die gewählten DU-Kandidaten würden «sehr extreme Positionen» vertreten. Deshalb sieht Frommelt «sehr geringe Schnittmengen» mit den anderen Parteien, «auch mit der FBP». Trotzdem vermied es Frommelt, die Unabhängigen als «nicht regierungsfähig» zu bezeichnen. Er meinte nur: «Es wäre mit ihrem Selbstverständnis schwer vereinbar.» Die Unabhängigen betonen immer wieder, dass bei ihnen jeder Abgeordnete nur sich selbst verpflichtet sei.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li